

Für alle Fragen rund um Energie und Klimaschutz bietet die LEA regelmäßige Beratungstermine. Diese (aktuell telefonische) Erstberatung ist für alle Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde Schwieberdingen kostenlos. Sie sind herzlich eingeladen, das Angebot der Energieagentur zu nutzen. Termine für die regelmäßigen Beratungen am 2. Montag des Monats können mit der LEA unter 07141 / 688 93-0 vereinbart werden. Die nächsten buchbaren Beratungen finden am Montag, den 08. Juni 2020, statt.

Weiterführende Informationen gibt es auf [www.lea-lb.de](http://www.lea-lb.de). Die Energieberatungen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert.

## Freundeskreis Asyl Schwieberdingen



**Haben Sie Fragen oder wollen mehr über die Arbeit des Freundeskreises erfahren? Wollen Sie uns unterstützen? Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:**

Telefon: 0159 06043876  
E-Mail: [fk-asyl@gmx.de](mailto:fk-asyl@gmx.de)

Sie erreichen uns dienstags von 12 bis 12.30 Uhr im evangelischen Gemeindehaus (UG), Gartenstraße 8 (außer in den Schulferien). Kommen Sie einfach vorbei.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.asyl-schwieberdingen.com](http://www.asyl-schwieberdingen.com)

## Diverse amtliche Mitteilungen

### Neuordnung des Gutachterausschusswesens

Die Städte und Gemeinden Ditzingen, Markgröningen, Kornthal-Münchingen, Hemmingen und Schwieberdingen haben zum 01.07.2020 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses mit der Bezeichnung „gemeinsamer Gutachterausschuss Strohgau“ unter Federführung der Stadt Ditzingen gebildet. Dort wird auch künftig die gemeinsame Geschäftsstelle eingerichtet sein. Die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des gemeinsamen Gutachterausschusses entstehenden Gebühren werden ab diesem Zeitpunkt dann von der Stadt Ditzingen im Rahmen ihrer Gebiets- und Rechtssetzungshoheit festgesetzt. Demnach werden künftig Gebühren für die Erstellung von Wertgutachten auf der Grundlage der „**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss**“ der Stadt Ditzingen vom 13.01.197, zuletzt geändert am 21.03.2006, erhoben. Für Informationen zu Bodenrichtwerten oder Informationen aus der Kaufpreissammlung werden künftig Gebühren auf der Grundlage des „**Gebührenverzeichnisses zur Verwaltungsgebührensatzung**“ der Stadt Ditzingen vom 14.11.2006 in der durch die Änderung vom 01.01.2020 gültigen Fassung, erhoben. Die beiden Satzungen der Stadt Ditzingen werden sich ab dem 01.07.2020 auf die Städte und Gemeinden der Kooperationspartner erstrecken. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Gemeinderat der Stadt Ditzingen am 05.05.2020 gefasst.

### Erstreckungssatzung

**auf das Gemeinde- / Stadtgebiet der Stadt / Gemeinde Hemmingen, Kornthal Münchingen, Markgröningen und Schwieberdingen**

Aufgrund des § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) vom 24. Juli 2000 in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit § 26 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) vom 16. September 1974 in der jeweils gültigen Fassung sowie in Verbindung mit § 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 17. März 2005

in der jeweils gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Großen Kreisstadt Ditzingen am 05.05.2020 folgende Satzung beschlossen

#### §1

##### Erstreckung

Die „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss (Gutachterausschussgebührensatzung)“ der Großen Kreisstadt Ditzingen in ihrer jeweils gültigen Fassung erstreckt sich auf das Gemeinde- / Stadtgebiet der Stadt/Gemeinde Hemmingen, Kornthal -Münchingen, Markgröningen und Schwieberdingen.

Für Tätigkeiten des gemeinsamen Gutachterausschusses bei der Großen Kreisstadt Ditzingen erstreckt sich die „Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)“ der Großen Kreisstadt Ditzingen in ihrer jeweils gültigen Fassung auf das Gemeinde- / Stadtgebiet der Stadt/Gemeinde Hemmingen, Kornthal -Münchingen, Markgröningen und Schwieberdingen, soweit sie die Tätigkeiten des gemeinsamen Gutachterausschusses betreffen.

#### §2

##### Inkrafttreten und Gültigkeit

Diese Satzung tritt am 01.07.2020 in Kraft.

Ditzingen, den 11.05.2020

Michael Makurath Oberbürgermeister

Mit dem Inkrafttreten der Erstreckungssatzung der Stadt Ditzingen zum 01.07.2020 ergeben sich für die nachfolgenden, durch die Gemeinde Schwieberdingen erlassenen Satzungen, entsprechende Anpassungen.

### Aufhebung der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss“ (Gutachterausschuss-Gebührensatzung)

Die aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.V.m. §§ 3 und 8 a des Kommunalabgabengesetzes vom Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 19.02.1992 beschlossene, und zuletzt durch die 1. Euro-Anpassungs-Satzung vom 17.10.2001 geänderte Satzung, wird zum 01.07.2020 aufgehoben.

### Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

Die aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) durch den Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 21. März 2007 beschlossene Satzung wird wie folgt geändert:

Die Ziffer 18 des Gebührenverzeichnisses als Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung wird mit ihren Unterabschnitten 18.1 Auskunft aus der Kaufpreissammlung und 18.2 Auskunft über Bodenrichtwerte aufgehoben.

### Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Herrenwiesen – Gemeinbedarfsflächen (2. Änderung)“

Der Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen hat am 29. April 2020 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan „Herrenwiesen – Gemeinbedarfsflächen (2. Änderung)“ aufgrund von § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) als Satzung beschlossen. **Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.**

Das Gebiet des Bebauungsplans „Herrenwiesen – Gemeinbedarfsflächen (2. Änderung)“ wird durch die Planänderung nicht erweitert. Innerhalb des Plangebiets wird lediglich eine weitere Fläche westlich angrenzend an die bestehende Gemeinschaftsschule, die heute bereits als Freifläche für sportliche Zwecke genutzt wird, als zusätzliches Baufenster ausgewiesen.

Ziel und Zweck der Planung ist damit die Schaffung eines zusätzlichen Baufensters zur Erweiterung der bestehenden Gemeinschaftsschule.

Maßgebend ist der Bebauungsplan mit Textteil des Planungsbüros Rauschmaier, Bietigheim-Bissingen, in der Fassung vom 28.11.2019, zuletzt geändert am 29.04.2020 und die Begründung des Bürgermeisteramts in der Fassung vom 29.04.2020. Dem Textteil des Bebauungsplans liegt als Anlage 2.1 der Text der Wasserschutzzone bei. Der Bebauungsplan wurde als Bebauungsplan der Innenentwicklung im vereinfachten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt, die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und die Erstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB waren nicht erforderlich.

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, 2. OG Zimmer 201, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Aufgrund der aktuellen Situation im Hinblick auf die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen bitten wir um vorherige telefonische Terminvereinbarung.

Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtliche Fehler sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und § 215 Abs. 1 Satz 2 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB

über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften ist nach § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind,
- b. wenn der Bürgermeister nach § 43 der Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat, oder wenn ein Dritter die Verfahrensverletzung rechtzeitig gerügt hat.

Die Verletzungen sind schriftlich beim Bürgermeisteramt der Gemeinde Schwieberdingen, Schlosshof 1, 71701 Schwieberdingen, geltend zu machen

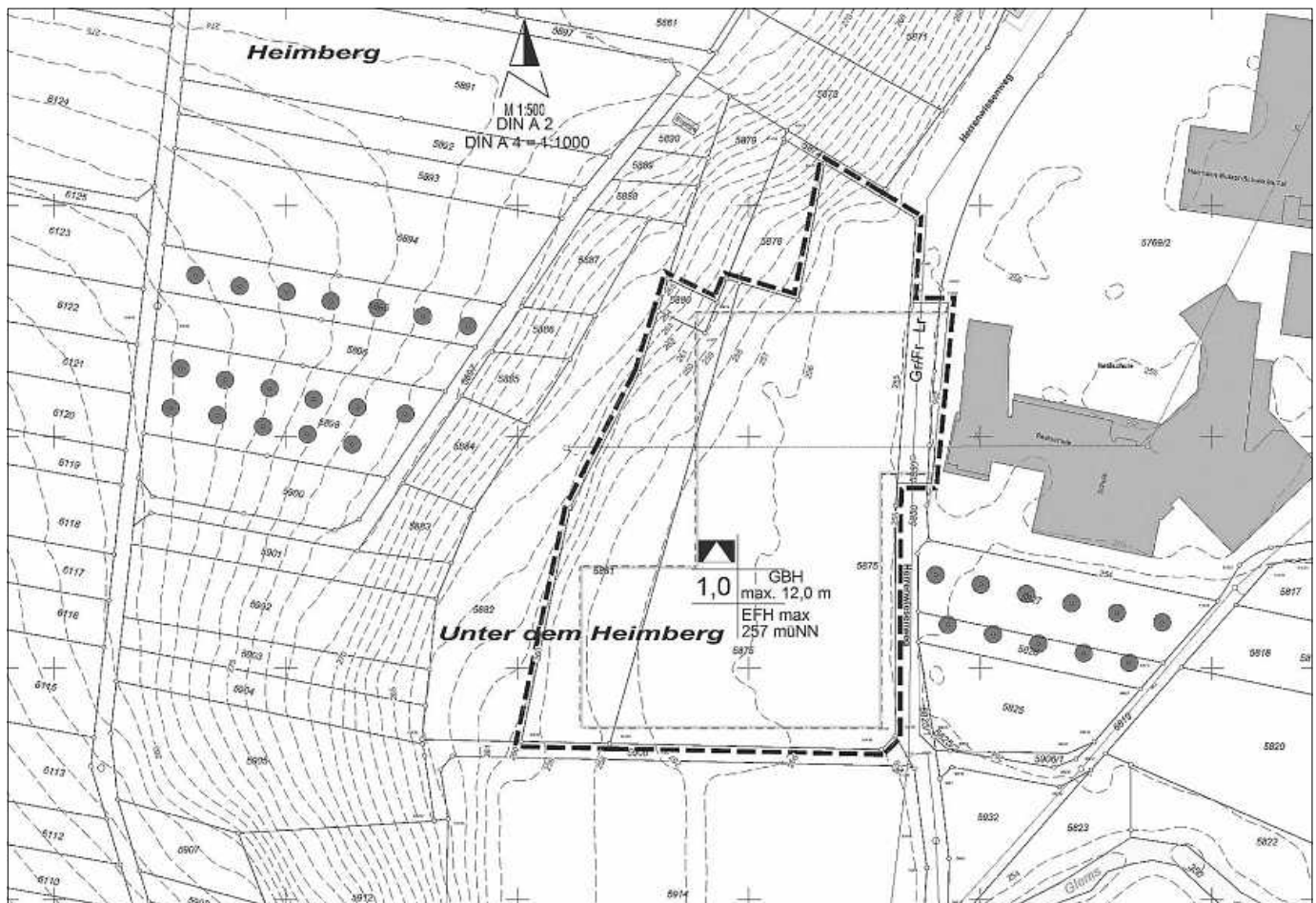
Schwieberdingen, den 20.05.2020

Bürgermeisteramt

*Stollmann*

gez. Lauxmann  
Bürgermeister

Ausgefertigt zur Veröffentlichung (aufgrund Satzungsbeschluss vom 25.09.2019)



## Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Gewerbegebiet nördlich der B 10 / Markgröninger Straße II (2. Änderung)“

Der Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen hat am 29. April 2020 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan „Gewerbegebiet nördlich der B 10 / Markgröninger Straße II (2. Änderung)“ aufgrund von § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) als Satzung beschlossen. **Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.**

Das Gebiet des Bebauungsplans „Gewerbegebiet nördlich der B 10 / Markgröninger Straße II (2. Änderung)“ wird begrenzt durch die in der nachfolgenden Plandarstellung in roter Farbe gekennzeichneten Bereiche. Bei diesen handelt es sich um die im Gebiet als Gewerbegebiet (GE 1, 3, 6-7 und 9-11) festgesetzten Grundstücksflächen.

Gegenstand der Bebauungsplanänderung ist die Änderung des Textteils durch Streichung der Ziffer A.1.2.2, wonach Vergnügungsstätten im GE bisher allgemein zulässig waren. Zweck und Zielsetzung der Änderung ist es, die Regelung im Bebauungsplan auf die nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO) maßgebliche Regelung entsprechend der Begriffsdefinition für Gewerbegebiete zurückzunehmen. Damit sind Vergnügungsstätten in den betroffenen Bereichen künftig nur noch ausnahmsweise zulässig.

Maßgebend ist der Bebauungsplan mit Textteil (einschließlich umweltrechtlicher Festsetzungen) des Planungsbüros Rauschmaier, Bietigheim-Bissingen, in der Fassung vom 20.11.2019, zuletzt geändert am 29.04.2020 und die Begründung des Bürgermeisteramts in der Fassung vom 29.04.2020. Der Bebauungsplan wurde im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt, die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und die Erstellung eines Umweltberichts nach § 2 a BauGB waren nicht erforderlich. Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, 2. OG Zimmer 201, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Aufgrund der aktuellen Situation im Hinblick auf die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen bitten wir um vorherige telefonische Terminvereinbarung.

Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtliche Fehler sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und § 215 Abs. 1 Satz 2 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften ist nach § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind,
- wenn der Bürgermeister nach § 43 der Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbe-

hörde den Beschluss beanstandet hat, oder wenn ein Dritter die Verfahrensverletzung rechtzeitig gerügt hat. Die Verletzungen sind schriftlich beim Bürgermeisteramt der Gemeinde Schwieberdingen, Schloßhof 1, 71701 Schwieberdingen, geltend zu machen

Schwieberdingen, den 20.05.2020  
Bürgermeisteramt

gez. Lauxmann  
Bürgermeister  
Ausgefertigt zur Veröffentlichung  
(aufgrund Satzungsbeschluss vom 25.09.2019)



## Datenerfassung für den Glasfaserausbau der Deutschen Telekom

In den nächsten Tagen wird einigen Bürgern ein Auto auffallen, das mit speziellem Messequipment den öffentlichen Straßenraum vermisst. Das Fahrzeug heißt «I.R.I.S.», was für Integrated Road Information System steht. Die Befahrung mit I.R.I.S. wird durch die IMP Bautest AG ausgeführt. Die Messungen erfolgen im Auftrag der Deutschen Telekom, die diese Daten für die Planung des Glasfaserausbaus nutzen. Das Fahrzeug ist mit Kameras und einem augensicheren Laserscanner für eine 360°-Erfassung der Umgebung ausgestattet. Die Umgebungsdaten werden verwendet, um die Netzplanung zu unterstützen und die optimale Tiefbaumethode auszuwählen. Hierdurch wird die Beeinträchtigung während der Bauphase für Anwohner und Straßenverkehr reduziert. In den aufgenommenen Bildern werden alle Personen und Fahrzeuge nach dem aktuellen Stand der Technik unkenntlich gemacht und die Verwendung ist beschränkt auf interne Planungszwecke. Eine Weitergabe an Dritte oder Veröffentlichung im Internet ist nicht vorgesehen.

Weitere Informationen erhalten Sie gerne auf Anfrage oder unter folgenden Links: <http://www.gigabit-region-stuttgart.de/>  
Youtube Video: Künstliche Intelligenz plant Glasfaser